



Regierungsrat

Luzern,

STELLUNGNAHME ZU POSTULAT

P 729

Nummer: P 729
Eröffnet: 06.12.2021 / Gesundheits- und Sozialdepartement
Antrag Regierungsrat: 06.12.2021 / Erheblicherklärung
Protokoll-Nr.: 1497

Postulat Steiner Bernhard und Mit. über die ausserordentliche Belastung des Kinderspitals und der Kinder- und Hausarztpraxen

Im Postulat wird gefordert, dass der Regierungsrat prüft, in welchen Bereichen das Kinderspital und die Praxen der Kinder- und Hausärzte entlastet und unterstützt werden können, um sich der medizinischen Versorgung der Kinder und Jugendlichen besser widmen zu können.

Es ist eine Daueraufgabe der Regierung, für eine gute und ausreichende Gesundheitsversorgung der ganzen Luzerner Bevölkerung zu sorgen. In diesem Sinne sind wir immer – und umso mehr in einer Krisensituation – bereit, gemeinsam mit den Institutionen und Fachpersonen nach Lösungen zu suchen, wie diese entlastet und unterstützt werden können, um die medizinische Versorgung möglichst gut zu gewährleisten. Das ist auch ein Grund, weshalb die Hausärztinnen und Hausärzte wie auch die Kinderärztinnen und Kinderärzte in der Task Force Corona vertreten sind und sich dort einbringen können.

Die Pandemie hat auch die Gesundheitsversorgung im Kanton Luzern teilweise an die Belastungsgrenzen gebracht. Vor allem bei den Spitälern zeichnet sich immer mehr ab, dass sie nicht mehr alle Patientinnen und Patienten aufnehmen und bedarfsgerecht behandeln können, wenn die gegenwärtige Entwicklung nicht rasch gestoppt werden kann.

Die Auslastung des Kinderspitals Luzern war in den letzten Monaten höher als in anderen Jahren und entsprach der sonst üblichen Auslastung in den Wintermonaten. Gründe dafür waren eine unübliche Häufung von Infektionskrankheiten, wie z. B. Infektionen mit dem Respiratorischen Synzytial-Virus (RSV) in den Sommermonaten. Die höhere Auslastung konnte bisher bewältigt und die Operationen wie geplant durchgeführt werden. Sollte sich die Situation verschärfen, wird das Kinderspital Massnahmen ergreifen müssen, insbesondere geplante Eingriffe verschieben, um die Ressourcen für Notfallpatientinnen und -patienten nutzen zu können.

Umso wichtiger ist es, dass sich jetzt möglichst viele Menschen impfen lassen. Die Impfung vermindert das Ansteckungsrisiko und verhindert in den meisten Fällen schwere Krankheitsverläufe.

Im Sinne der Erwägungen beantragen wir Erheblicherklärung des Postulats.